

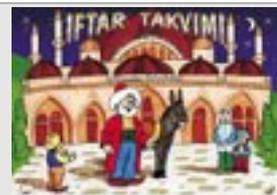
Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

unmittelbar nach den terroristischen Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington gab es zahlreiche Stimmen bis hin zum damaligen Bundeskanzler, die sich gegen eine Gleichsetzung von Islam und Terrorismus wendeten. Die islamischen Verbände haben diese und die folgenden Attentate z. B. in Spanien oder Großbritannien verurteilt, sowohl menschlich, politisch als auch religiös. Sie haben hierbei übrigens mit Sicherheit für die weit überwiegende Mehrheit der Muslime gesprochen. Nach dem 11. September gab es eine breite Zustimmung zum kulturellen und interreligiösen Dialog als eines der wichtigsten Mittel für das Zusammenleben von Religionen und Kulturen.

Heute scheint sich die Situation gewandelt zu haben. Die Präsenz von »fremden« Religionen, ihre gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben wird zunehmend in Frage gestellt. Was unter dem Eindruck des 9-11 noch Gebot der Stunde war, nämlich genau hin zuschauen, miteinander zu reden und für gegenseitige Anerkennung zu werben, zerbricht an neu errichteten Mauern der Intoleranz, der Abgrenzung, des Pluralismus und der einfachen Lösungen. Dass Pluralität und Integration nicht ohne Konflikte möglich sind, ist selbstverständlich. Wie die Konflikte gestaltet werden, liegt in der Hand aller Beteiligten.

Steffen Rink (Redaktion)



Ein Ramadan-Kalender nach dem Vorbild des Adventskalenders, wie er z. B. über kandil.de vertrieben wird, veranschaulicht die gegenseitige Offenheit von Kulturen und Religionen

Feiertage im September

Als ob mit dem Ende der Sommerferien auch die Zeit der religiösen Feste wieder beginnt, steigt ihre Anzahl in den kommenden Wochen stark an. Umso mehr lohnt der Klick auf www.feste-der-religionen.de. Als Ergänzung sei ein Blick auf die Übersicht von Inforel (Basel) empfohlen. Nachfolgend eine Auswahl wichtiger Festtage aus Islam, Judentum und Christentum.

Festkalender im Netz:

feste-der-religionen.de
[Inforel \(Basel\)](http://inforel.de)

Fastenmonat Ramadan (Beginn: 13. September)

Am 13. September beginnt der diesjährige islamische Fastenmonat Ramadan. Die Datierung richtet sich nach dem Mondkalender. Wenn die Sichel des Neumonds erstmals sichtbar wird, fängt ein neuer Monat an. Das Fasten gilt nicht nur im Islam als besondere religiöse Übung; im Monat Ramadan ist es für Muslime – für einige Personengruppen gelten Ausnahmen – verpflichtend. Durch das Fasten, den Besuch der Moschee und Gebete soll der Glaube gestärkt werden. Von der Morgen- bis zur Abenddämmerung dürfen keine Speisen und Flüssigkeiten aufgenommen werden. Am Abend gibt es dann entweder in der Familie oder in der Gemeinde ein gemeinschaftliches Essen. Oftmals werden zu dieser Gelegenheit auch Freunde und Bekannte eingeladen; in vielen Moscheegemeinden findet ein öffentliches Fastenbrechen statt.

Seit einigen Jahren gibt es für Kinder auch Ramadankalender mit Geschichten, Bildern oder Süßigkeiten, die den christlichen Adventskalendern entsprechen.

Mehr dazu:

[Ramadan und Fasten](#)
REMID-Seite mit Informationen und Links.

Rosch ha-Schanah / Neujahr (13. September)

Auch der jüdische Kalender weicht vom säkularen Kalender durch die Kombination von Sonnen- und Mondumlauf um die Erde ab, wobei ein Ausgleich zwischen Sonnen- und Mondjahr durch zusätzliche Tage stattfindet. Am 13. September beginnt das neue jüdische Jahr (1. Tag des Monats Tischri) 5768, das Neujahrsfest Rosch ha-Schanah (»Geburtstag der Welt«) dauert zwei Tage und läutet zugleich zehn Tage der Besinnung ein, die an Jom Kippur enden. Mit Neujahr ist die Vorstellung eines göttlichen Gerichts verbunden – wer am Neujahrstag seine Sünden bereut, kann auf den Freispruch Gottes rechnen. Aus diesem Grund werden im Gottesdienst weiße Gewänder getragen, auch die Thorarollen erhalten weiße Kappen als Zeichen der rituellen Reinheit. Im Gottesdienst ertönt auch das Blasen des Schofars, des gedrehten Widderhorns. Es erinnert an das Widderopfer Abrahams – anstelle, wie zunächst von Gott gefordert, seines Sohns – und symbolisiert damit die Opferbereitschaft und den Gehorsam gegenüber Gott. Zugleich rief das Schofar in biblischer Zeit die Gläubigen zu Versammlungen, es erinnert an die Übergabe der zehn Gebote und schließlich soll es auch bei der Ankunft des Messias ertönen. Damit gibt es an Neujahr eine Verbindung von Vergangenheit (Bereuen der Sünden des vergangenen Jahres) und Zukunft (Erinnerung an den Bund Gottes), was durch das geflochtene Challa-Brot ausgedrückt wird. In häuslichen Feiern wird es oft in Honig getaucht und gibt der Hoffnung auf ein süßes Jahr Ausdruck.

Kalender jüdischer Feiertage

[Monatsübersicht](#)

[Tabellarische Übersicht](#)

Die Kalender von hagalil.com kombinieren die jüdische und die säkulare Zeitrechnung.

Jom Kippur (21. September)

»Nächstes Jahr in Jerusalem« ist der bekannte Spruch, den sich Jüdinnen und Juden an Jom Kippur (Tag der Buße, Versöhnungstag) am Ende des den Feiertag beschließenden Gottesdienstes nach dem Blasen des Schofar zurufen. Jom Kippur, der wichtigste Festtag im Judentum, beschließt die Zeit der Besinnung, die mit dem Neujahrsfest begonnen hat. Was an Rosch ha-Schanah als Urteil Gottes über den Menschen eingeschrieben wurde, wird nun gewogen und besiegelt. Nun hat sich Gott mit seinem Volk, aber auch mit der Welt versöhnt.

Im Gottesdienst wird eines der bekanntesten Gebete, das Kol Nidre (alle Gelübde) gesungen und der eigenen Sünden, der Verstorbenen, der Gewalt gegen das jüdische Volk in der Geschichte gedacht und der Lobpreis Gottes ausgedrückt. »Nächstes Jahr in Jerusalem« – mit diesem Ruf wird seit Jahrhunderten an die Rückkehr aus dem Exil in das verheißene Land gedacht. Wie alle jüdischen Feiertage beginnt auch Jom Kippur am Vorabend und endet mit dem Einsetzen der Dunkelheit am kalendarisch genannten Festtag, dem 10. Tischri (21. September 2007).

Sukkot (27. September)

Das eine Woche dauernde Laubhüttenfest Sukkot beginnt am Vorabend des 15. Tischri (27. September 2007) und ist ein Erntefest. Der Name leitet sich vom Brauch ab, für das Fest eine Hütte zu bauen (auch symbolisch in der Wohnung) und nach Möglichkeit sieben Tage darin zu wohnen – womit auf die Unterkünfte des Volkes Israel während der Wanderung durch die Halbinsel Sinai Bezug genommen wird (das hebräische Wort Sukka bedeutet »Hütte«).

Neben dem Synagogengottesdienst der Gemeinde ist Sukkot vor allem ein Fest der Jugendlichen geworden, die ausgelassen feiern.

Fest der Kreuzerhöhung (14. September)

In der katholischen Kirche ein Gedenktag, ist das Fest der Kreuzerhöhung in der orthodoxen christlichen Tradition ein Hochfest. Es findet, nach julianischem Kalender festgelegt, am 14. September statt. Es erinnert an die Auffindung des Kreuzes, an dem Jesus Christus starb, durch Helena, die Mutter des römischen Kaisers Konstantin, am 13. September 326. Die Datierung auf den 14. September erfolgte im Zusammenhang mit der gleichzeitig gefeierten Weihe der Basilika Konstantins an der Grabesstätte in Jerusalem (Auferstehungskirche, meist als Grabeskirche bezeichnet), wo auch der größte Teil des gefundenen Kreuzes ausgestellt wurde. »Erhöhung« bedeutet, wie bei vielen anderen Festen der orthodoxen Kirche, »hochheben«, »zeigen«.

In der römisch-katholischen Kirche wird das Fest seit dem siebten Jahrhundert gefeiert; ein eigener Gedenktag zur Kreuzfindung – der 3. Mai – wurde 1960 abgeschafft.

Legenden zur Kreuzauffindung

[Ökumenisches Heiligenlexikon](#)

Eine private, sehr umfangreiche und informative Seite.

10 Jahre organisierte liberale Juden in Deutschland

Im Juni jährte sich zum zehnten Mal die Gründung der »Union progressiver Juden in Deutschland, Österreich und der Schweiz«, die sich zunächst als Arbeitsgemeinschaft liberaler und konservativer jüdischer Gemeinden verstand und 2002 dann in »Union progressiver Juden in Deutschland e. V.« umbenannte.

Gesetz und Ethik

Seit dem 18. Jahrhundert war Deutschland das Zentrum des liberalen Judentums, das auch als progressives Judentum oder Reformjudentum bezeichnet wird. Angeregt durch die politische Emanzipation auf der einen und die ungenügende Integration in das soziale und gesellschaftliche Leben auf der anderen Seite entstand eine Entwicklung, die das Judentum durch Bildung, Reformen in der Liturgie, Versöhnung von Glauben und Moderne in die Mitte der Gesellschaft führen wollte. Hierfür stehen Namen wie Israel Jacobsohn (1769-1828), Abraham Geiger (1810-1847) oder Leo Baeck (1873-1956). In der nichtjüdischen Wahrnehmung oft auf wenige äußerliche Merkmale wie den Gebrauch der Landessprache in Gottesdienst und Liturgie oder die Gleichstellung der Frauen einschließlich der Möglichkeit, Rabbinerin zu werden, reduziert, zeichnet sich das liberale Judentum vor allem durch einen eigenen Umgang mit Thora und Tradition aus, dem ein bestimmtes Verständnis von Gott und der Sicht auf das jüdische Volk zu Grunde liegt. Während im orthodoxen Judentum, das vor allem in Osteuropa dominiert, die genaue Befolgung des niedergelegten Religionsgesetzes (Halacha) als Ausdruck eines Gott wohlgefälligen Lebens gilt, sieht das liberale Judentum die Halacha vor allem als moralische Aufforderung Gottes an den Menschen. Die ethischen Gebote der Thora sind verbindlich, die »Gesetze« und rituellen Anleitungen hingegen werden in ihrer historischen Abhängigkeit gedeutet. Dadurch ergeben sich für die Beachtung der Regeln und der Tradition Interpretationsspielräume zur »Modernisierung« des Judentums – die nicht mit dem Begriff »Oberflächlichkeit« gleichgesetzt werden kann. Judentum, jüdischer Glaube wird als Prozess verstanden, der sich mit den veränderten Bedingungen in der Welt dynamisch weiterentwickelt. Auch die Vorstellung von »Gott« ist nicht eindeutig festgelegt; das liberale Judentum kennt hier unterschiedliche Auffassungen. Das jüdische Volk wiederum ist weniger durch Abstammung definiert – weshalb nicht unbedingt eine jüdische Mutter die Mitgliedschaft in der Gemeinde begründet und die Konversion einfacher ist –, sondern durch seine Aufgabe bestimmt, der Welt die ethischen Grundsätze jüdischen Glaubens zu vermitteln. Aus dem Reformjudentum des 19. und 20. Jahrhunderts ist eine weiter gehende Richtung, der Rekonstruktionismus, entstanden, die weitaus flexibler mit den liberalen Grundsätzen umgeht. Im liberalen Judentum selbst kann man – auch durch die Erfahrung der Shoah – eine in letzter Zeit stärker werdende Besinnung auf Tradition und Geschichte beobachten. Beide Strömungen, das liberale Judentum bzw. Reformjudentum sowie die rekonstruktionistische Bewegung, sind in der »World Union of Progressive Judaism« (WUPJ) zusammengeschlossen, die 1926 unter maßgeblicher Mitwirkung Leo Baecks gegründet wurde. Seinen geographischen Schwerpunkt hat das liberale Judentum heute in den USA. In Deutschland zählen die liberalen Gemeinden etwa 4.500 bis 5.000 Mitglieder.

Pluralismus durch Zuwanderung

Dass sich in Deutschland eigenständige liberale jüdische Gemeinden gegründet haben, liegt letztlich in der Zuwanderung von konservativen und orthodoxen Juden aus Osteuropa seit den 1990er Jahren begründet. Bis zu dieser Zeit bestimmte die sog. Einheitsgemeinde das Bild des Judentums in Deutschland, mit dem Zentralrat der Juden als politische Vertretung an der Spitze. Die Einheits-



Die vom Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam herausgegebene Zeitschrift »Kescher« informiert über Geschichte und Gegenwart des liberalen Judentums. Das Kolleg ist eine Ausbildungsstätte für Rabbinerinnen und Rabbiner in der Tradition des Reformjudentums.

Links

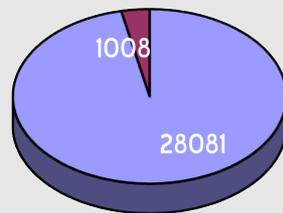
[Union Progressiver Juden Zentralrat der Juden in Deutschland](#)
[Download-Seite der Zeitschrift »Kescher« \(Abraham-Geiger-Kolleg\)](#)

Die Link-Listen der Union progressiver Juden und des Zentralrats enthalten umfangreiche Verweise zu jüdischen Seiten im Internet.

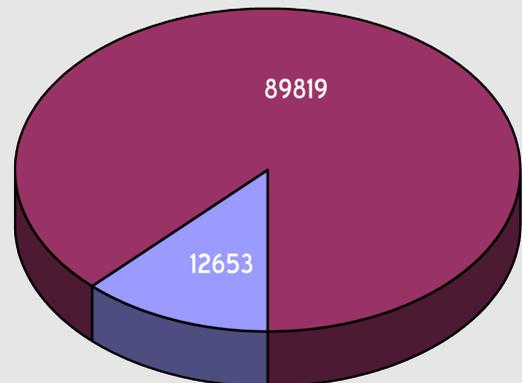
gemeinde vertritt den Anspruch, alle jüdischen Strömungen – orthodoxes, konservatives und liberales Judentum – zusammenzufassen. Das war so lange opportun und möglich, wie die Zahl der jüdischen Gemeinden und der Gemeindemitglieder gering war. Die Zuwanderung aus Osteuropa, insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion, veränderte jedoch die Lage in den jüdischen Gemeinden dramatisch. Zum einen stellen sie knapp 90 % der 105.000 Gemeindemitglieder, zum anderen sind sie häufig orthodox geprägt oder haben ihre jüdische Tradition verloren, so dass sie erst wieder zum jüdischen Glauben angeleitet werden müssen. Dies führte nach Auffassung von liberalen Juden zur Verschiebung der religiösen Ausrichtung in den Einheitsgemeinden, so dass man sich nicht mehr ausreichend repräsentiert und akzeptiert sah. Der Konflikt eskalierte, als die Bundesregierung mit dem Zentralrat der Juden einen Vertrag abschloss, um den Gemeinden bei der Integrationsleistung der Zuwanderer finanziell zu unterstützen. Unter anderem auf Grund ihres Rechtsstatus als Vereine und nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts konnten die liberalen Gemeinden nicht im Zentralrat vertreten sein – unabhängig davon, ob dies überhaupt gewollt war. Allerdings warf man dem Zentralrat vor, die Bundesmittel nur an eigene Gemeinden bzw. den jüdischen Wohlfahrtsverband weiterzuleiten. Auch auf Landesebene gab es Konflikte, da die (neuen) liberalen Gemeinden nicht in die Staatsverträge mit den Ländern eingeschlossen waren und / oder durch die bestehenden Einheitsgemeinden mit vertreten werden mussten. Aber auch theologische Gründe spielten eine Rolle, so etwa bei der Aufnahme von Zuwanderern, deren Status als Jude nicht den Regeln des Religionsgesetzes entsprach. Der Zentralrat wiederum wollte nicht auf seine alleinige Vertretungsfunktion verzichten. Mittlerweile haben sich die Verbände jedoch wieder angenähert; so erkennt die Union Progressiver Juden die politische Vertretungsfunktion des Zentralrats an, der Zentralrat unterstützt die liberalen Gemeinden u. a. im Bemühen, den Körperschaftsstatus zu bekommen, und auch die jährlich drei Millionen Euro der Bundesregierung werden unter Einbeziehung der liberalen Gemeinden verteilt.

Von dieser Auseinandersetzung weitgehend unbemerkt blieb übrigens, dass sich in Deutschland mittlerweile auch eigenständige orthodoxe Gemeinden gegründet haben, denen die konservative Ausrichtung der Einheitsgemeinden zu liberal ist.

Anteil von Zuwanderern in den jüdischen Gemeinden 1990 / 2003



Links: 1990 – Rechts: 2003.
Die dunkle Fläche benennt die Zahl der Zuwanderer aus den ehemaligen GUS-Staaten, die blaue Fläche die Zahl der einheimischen Juden.



Quelle: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.
Grafik: Steffen Rink.

Infos zum Konflikt Liberales Judentum vs. Zentralrat

[Newsletter Informationsplattform Religion vom 06.12.2004 \(PDF, 220 KB\)](#)

[Newsletter Informationsplattform Religion vom 05.05.2004 \(PDF, 260 KB\)](#)

Militante Islamkritik

Bei der ablehnenden Haltung gegenüber einer sichtbaren und gleichberechtigten Präsenz von Muslimen in Deutschland im öffentlichen Leben, wie sie sich immer wieder insbesondere bei Moscheebau-Projekten entzündet, wird meist von den »besorgten Bürgerinnen und Bürgern« gesprochen. Unkenntnis und die viel zitierten »Missverständnisse« erzeugten »Vorurteile«, die sich dann in Kritik an »dem« Islam, in Ängsten vor dem Verlust eigener kultureller Identität oder schlicht in Trotzreaktionen äußerten.

In jüngster Zeit jedoch mehren sich Zeitungsberichte, die eine insgesamt aggressiver werdende islamfeindliche Haltung dokumentieren. So verbreitete die »Welt« im Internet am 10. August, dass gegen den Juristen und Islamwissenschaftler Mathias Rohe (Erlangen) eine Morddrohung eingegangen sei, nachdem bereits eine Dialogveranstaltung in München massiv gestört wurde. »Sie sind also auch einer von jenen verbrecheri-

schen Hochverrättern, die Deutschland an den faschistoiden, totalitären und zu tiefst imperialistischen Islam verraten und verkaufen wollen«, zitiert der Autor die anonyme Mail eines »Einheimischen«, der anschließend sein bereicherndes Gefühl der Todeszuckungen des »schmierigen Dhimmis« Rohe beschreibt.

Nun mag eine Hass-Mail schnell geschrieben und noch schneller verbreitet sein – doch wird mit diesem Vorfall ein Bereich angesprochen, der in einer Grauzone zwischen jenen rassistischen Gewalttaten liegt, die unlängst wieder in den neuen Bundesländern für mediale Aufmerksamkeit sorgten und Anlass für präventive und intervenierende, »zielgruppengenaue« Maßnahmen sind, wie sie u. a. die Bundesregierung fördert, und jenen Vorurteilen der Bürgerinnen und Bürger im unmittelbaren Umfeld von (geplanter) islamischer Präsenz (Frankfurt am Main wird gerade ein neuer Schauplatz). Ein Zwischenbereich, der öffentlich selten und wenn dann nur lokal wahrgenommen wird, und dessen Brisanz durchaus an den unklaren Grenzziehungen liegt, die beispielsweise anlässlich des Köln-Ehrenfelder Moscheeprojekts deutlich wurden: wenn islamkritische Äußerungen eines hoch angesehenen Publizisten wie Ralph Giordano von grundsätzlich rassistischen oder islamfeindlichen Gruppierungen verwendet werden. Da hilft es in der öffentlichen Debatte dann auch wenig, dass Giordano richtig anmerkt, dass die militanten Islamkritiker in anderen Zeiten auch ihn in die Gaskammer geschickt hätten.

Toleranzgeschwafel und Bürger in Wut

Wie nah die Grenzen zwischen Islamkritik und Militanz liegen, zeigt anschaulich ein Redebeitrag des Berliner CDU-Politikers René Stadtkewitz. Stadtkewitz, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, sprach auf einer Demonstration der »Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger« gegen einen Ahmadiyya-Moscheebau-Neubau in Berlin« (ipahb) am 11. Juli. Dort spielte der Politiker in seinem nur wenige Minuten dauernden Beitrag die komplette Klaviatur rassistischer Argumentation: Islam und Demokratie seien grundsätzlich nicht vereinbar, und die Muslime in Deutschland würden sich niemals integrieren, »wie es ihre Vorfahren ebenfalls nicht getan haben«. »In den Ghettos von Berlin und anderswo« würden »junge deutsche Mädchen als schweinefleischfressende Nutten bezeichnet« – er, Stadtkewitz, habe das »Toleranzgeschwafel« satt, wobei der Hinweis auf die offensichtlich ebenso nur von Muslimen diskriminierten Homosexuellen nicht fehlen darf, als ob z. B. die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften Konsens bis hinein in die NPD sei. Der Beifall der »besorgten Bürgerinnen und Bürger« von Heinersdorf war ihm jedenfalls sicher, wie das auf YouToube eingestellte Video belegt. Dass er sich gegen die Integrationsbemühungen seiner Parteifreundinnen und -freunde stellt, die an verantwortlicher Stelle das Miteinander der Religionen und Kulturen organisieren wollen, spielt im lokalen Raum keine Rolle und gehört zur Schizophrenie des Populismus.

Es ist der »alltägliche Rassismus«, latent vorhanden und in vielen Umfragen bis in die Mitte der Gesellschaft belegt, der sich an Kristallisationspunkten wie Moscheebauprojekten aktiviert.

Die ideologische (?) oder vielleicht auch nur aggressive Aufrüstung von Islamkritikern zeigt sich so auch in der Durchführung des »1. deutschen Islamkritikertreffens«, das der »Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten«, am 2. Juni 2007 im mainfränkischen Wertheim organisierte. Die rund 100 Teilnehmenden verabschiedeten einen »Wertheimer Appell«, der unter anderem das Verbot von Minaretten, die Ächtung von Finanzdienstleistern, die scharia-konformen Geldanlagen anbieten, oder das Bekenntnis aller Zuwanderer zur christlich-jüdisch-humanistischen Tradition Europas fordert und den EU-Beitritt der Türkei ablehnt. Wertheim war einer der Orte, an dem 2003 / 2004 eine aktive Interessengruppe den Bau einer Moschee – gegen das Votum des CDU-Bürgermeisters – zu verhindern suchte.

»Welt Online«

Morddrohung wegen Dialogs mit Muslimen (10.08.2007)

Aus der Debatte um Ralph Giordano

Offener Brief von Giordano an Bekir Alboga (DITIB)

»Kriegserklärung« Giordanos (»Stern« vom 17.08.2007)

Giordanos Brief ist hier über das jüdische Portal Hagalil zugänglich; der Beitrag im »Stern« enthält auch Bilder der geplanten Moschee in Köln.



Bild der ipahb-Demonstration vom 11. Juli 2007 mit 900 Teilnehmenden (Quelle: ipahb.de)

[Video der Rede von René Stadtkewitz \(YouToube\)](#)

[Text der Rede von René Stadtkewitz \(ipahb.de\)](#)

Infos zum Konflikt in Berlin

Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz«

Das Team begleitet seit 2006 den Dialogprozess in Berlin-Heinersdorf

Initiativen und Vernetzungen

Hauptredner der Veranstaltung im Juni war der Publizist und Inhaber eines Security-Managements-Unternehmens, Udo Ulfkotte. Aus seiner Feder stammen Bücher wie »Heiliger Krieg in Europa«, »Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten« oder »Der Krieg in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern«. Er ist zudem (Mit-) Initiator einer islamkritischen Partei, die über die »Bundesweite Wählervereinigung ›Bürger in Wut‹« – hervorgegangen aus der Statt-Partei von Ronald Schill – mit organisiert wird. »Bürger in Wut« trat zuletzt bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Landesteil Bremerhaven mit einem auf Sicherheit und Ordnung (»Null Toleranz«) und gegen die etablierten Parteien gerichteten Wahlkampf an und erreichte dort 4,998 % der Stimmen (im gesamten Land Bremen 0,9 %), bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung gab es 5,4 %. Udo Ulfkotte, der den »Bürgern in Wut« im Juni beigetreten ist, ist außerdem Vorsitzender der »Bürgerrechtsbewegung« »Pax Europa e. V.« – »gegen Eurabien«, die für den 11. September zu einer islamkritischen Demonstration in Brüssel aufgerufen hatte, die aber von den Behörden wegen einer zu erwartenden Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten wurde. Nun wollen sich die VerteidigerInnen des Abendlands am Jahrestag der Anschläge auf die Twin-Towers touristisch in der Stadt der EU-Kommission versammeln. Beide – Pax Europa und Bürger in Wut – gründeten schließlich am 12. Juni 2007 den »Europäischen Förderverein für Demokratie und Werte / Bürger in Wut« als Vorläufer der genannten Partei. An der Gründungsversammlung im Museum König in Bonn – Tagungsort des Parlamentarischen Rats zur Formulierung des Grundgesetzes – nahmen rund 50 Personen teil.

Der Blick ins Internet zeigt eine reichhaltige Vernetzung der IslamkritikerInnen. Zugleich wird man aber auch sagen müssen, dass Teilnehmerzahlen von 100 oder 50 Personen, gemessen am selbst gestellten Anspruch der religiösen, ökonomischen und politischen Rettung Europas, äußerst gering sind, um auf eine organisierte Massenbewegung schließen zu können. Auf der anderen Seite steht die Verbreitung von Ideen über das Internet – wenn beispielsweise der »Bundesverband der Bürgerbewegungen« BDB im Internet eine »Handreichung zur Moscheeverhinderung« veröffentlicht, braucht es kein Fußvolk, um Mitläufer zu mobilisieren.

Politically Incorrect – aber wie denn nun?

Ebenso schwierig erscheint es, die Grenze von offener Islamfeindlichkeit und Spaßgesellschaft zu ziehen. Dieser Zusammenhang mag beim Lesen der Texte von Eurabia-Verschwörungstheoretikern à la Ulfkotte zunächst abwegig erscheinen. Zumindest bedenkenswert ist es aber, wenn der Webshop-Dienstleister »spreadshirt« (www.spreadshirt.net), über den auch der »Brüssel-Demo-Shop« anlässlich des 11.09.2007 angeboten wird, sowohl T-Shirts, Kaffeetassen und Basecaps mit islamkritischen Motiven anbietet, als auch einen Sticker »Muslim – and proud of it«. Unter dem Motto – »you think it – we print it« gibt es überwiegend Fun-Motive, und offensichtlich übernimmt die Hauptseite alles an Produkten, was die Einzelanbieter wie etwa der »Politically-Incorrect-Shop« ihrer Klientel anbieten.



Eines der vielen Motive, mit denen Islamkritiker vor einer »Islamisierung Europas« warnen.

»Was für meine Entscheidung keine Rolle gespielt hat, aber was ich doch in Erinnerung bringen will, ist, dass die gefährliche Mischung, mit der die Organisatoren der Demonstration uns konfrontieren, von der Art ist, dass sie zu Diskriminierung und Hass aufruft in Bezug auf Muslime, und dass sich das mittlerweile ausbreitet auf jeden, der kulturelle Bindungen an den Islam hat.

Diese Anstiftung zu Diskriminierung und Hass, die wir durchgehend als Rassismus und Fremdenhass bezeichnen, wird verboten durch eine große Anzahl internationale Verträge und wird sowohl durch unsere Gesetze als auch durch die europäische Gesetzgebung strafrechtlich verfolgt. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt Taten wie diese verurteilt.«

Freddy Thielemanns, Bürgermeister von Brüssel, in einer persönlichen Begründung für das Verbot der Demonstration am 11.09.2007. Zitiert nach Watchblog Islamphobie.

»Eine gefährliche Mischung« – vollständiger Text von Freddy Thielemanns

Gleichwohl fällt es schwer, einen Sticker mit »Islamophobic – and proud of it« als Fun-Artikel begreifen, der außerhalb der eifernden Islamkritiker-Szene vielleicht »gedankenlos« benutzt wird. Diskriminierend und für die Betroffenen verletzend wäre es allemal. Umso mehr muss die Frage gestellt werden, in welcher Weise Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus geleistet werden kann, wenn auf der einen Seite oftmals nur dann reagiert wird, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, und auf der anderen Seite zwar zahlreiche Einzelprojekte und lokale Aktionspläne gefördert werden, diese aber nicht in eine dauerhafte, finanziell und personell abgesicherte präventive Arbeit auch gegen den alltäglichen Rassismus überführt werden, weil die Förderung regelmäßig bis zum nächsten »Modellprojekt« begrenzt ist. Als problematisch erweist sich zudem, wenn in der intellektuellen Auseinandersetzung, wie sie etwa Ralph Giordano anstößt – und er steht hier nur als aktuelles und zugleich leider medienwirksames Beispiel –, Argumentationshilfen für eine dumpfe, dafür aber umso breitenwirksamere (verbal) militante anti-islamische Haltung gegeben werden. Ob ein Konzept von »Aufklärung« und »Toleranz« für diesen Graubereich zwischen Strafrecht und freier Meinungsäußerung wirklich tragfähig sind, sei dahingestellt. Auf jeden Fall jedoch blieben Staat, Verbände, Parteien und Multiplikatoren aufgerufen, ihrer Verantwortung für eine konstruktive Auseinandersetzung gerecht zu werden, die nicht von PopulistInnen rechts der Mitte missbraucht werden kann.



Angebot des Webshops
»Politically Incorrect«

Islamkritiker-Seiten

[Akte Islam](#)

[Bundesverband](#)

[Bürgerbewegungen](#)

Über die Linkseite des BDB gelangt man schnell zu weiteren Seiten.

Integrationsvereinbarung der Stadt Wiesbaden

Knapp drei Jahre währte der Prozess in der Hessischen Landeshauptstadt, der im Sommer diesen Jahres zum Abschluss kam und auch überregional auf Beachtung gestoßen ist: Die Stadt Wiesbaden schließt mit acht in der »Arbeitsgemeinschaft Islamische Vereine« zusammengeschlossenen lokalen Moscheevereinen eine »Integrationsvereinbarung«. Die DITIB ist hier nicht vertreten und will noch einmal gesondert verhandeln und unterschreiben.

Am Anfang stand – wieder einmal – ein Moscheebaukonflikt und die Ablehnung des Vorhabens durch die ansässige Bevölkerung. Daraufhin fasste die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2004 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen den Beschluss, mit lokalen religiösen Vereinen eine Vereinbarung abzuschließen, die diese Gemeinschaften auf demokratische Leitbilder verpflichtet, soweit es solche Festlegungen nicht bereits durch Staatsverträge gäbe. Im Gegenzug wollte die Stadt diese Gemeinschaften bei ihren Aktivitäten unterstützen. Das politische Ziel war dabei, der entstandenen Diskussion um vermeintliche oder tatsächliche islamistische Umtriebe in der Stadt den Boden zu entziehen.

2005 kam ein erster Textentwurf auf den Tisch, der dann mit den potenziell Beteiligten diskutiert wurde. Nachdem im Januar 2007 noch einmal Schwierigkeiten auftraten, weil die CDU die Vereinbarung ablehnte, die Stadt aber seit der Kommunalwahl 2006 von einer »Jamaika-Koalition« regiert wird und die muslimische Seite eine stärkere Akzeptanz des Kopftuchs forderte, wurde der nochmals bearbeiteten Vereinbarung Ende Juni dann doch von der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt.

Im Kern formuliert die Integrationsvereinbarung die Verpflichtung der islamischen Verbände auf die Werteordnung des Grundgesetzes, wobei die Akzeptanz der in der Islamkritik immer wieder vorgebrachten Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, freier Religionsaus- und übertritt sowie Ablehnung von Terrorismus und Islamismus besonders betont werden. Darüber hinaus werden die islamischen Vereine auf bestimmte Integrationsleistungen wie Angebote von besonderen Kursen für Frauen, Aufforderung und Unterstützung ihrer Mitglieder beim Spracherwerb oder Durchführung von öffentlichen Kultur- und Dialogveranstaltungen festgelegt. Neu gewählte Repräsentanten müssen bei ihrer Wahl oder Ernennung der geschlossenen Integrationsvereinbarung zustimmen. Die Stadt wiederum unterstützt die Muslime, indem sie für ihre Anerkennung wirbt (auch mit gemeinsamen Informationsschriften), sich sichtbar gegen Diskriminierungen wendet, sie stärker in das kulturelle Leben einbezieht und – das ist für die strukturelle Integration von besonderer Bedeutung – indem sie die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden fördert und hierbei auch die Imame qualifiziert, Integrationsprojekte der Vereine finanziell unterstützt oder sich für eine islamische Kliniksseelsorge

Informationen:

[Mitteilung der Stadt Wiesbaden](#)

Auf der Homepage nach »Integrationsvereinbarung« suchen.

[Integrationsvereinbarung \(PDF, 7 Seiten, 25 KB\)](#)

[Artikel der Rhein-Main-Presse vom 02.07.2007](#)

[Bericht vom CDU-Parteitag in Köln](#)

einsetzt. Im Bereich der Schule will sich die Landeshauptstadt zudem für einen islamischen Religionsunterricht stark machen. Im Ergebnis kann man die Vereinbarung mit »Fordern und Fördern« beschreiben, wobei auch für Wiesbaden unbestritten ist, dass viele der angesprochenen Fragen – sowohl auf städtischer als auch auf muslimischer Seite – schon lange in der Praxis entsprechend gehandhabt werden, mithin manchmal auch Selbstverständlichkeiten sind. Somit hat die Vereinbarung nicht zuletzt eine symbolische Bedeutung, weil gerade auch die politische Kommune ein Bekenntnis zur Pluralität abgibt und sich auch bei den islamischen Vereinen in der Verantwortung sieht.

Aus der Präambel der Wiesbadener Integrationsvereinbarung:

Gemeinde und Stadt bekennen sich in ihrem Streben nach Vertrauensbildung und Kooperation gemeinsam zur Werteordnung nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) und der Verfassung des Landes Hessen, insbesondere zur Verbindlichkeit von Recht und Gesetz sowie zu Religionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften als Grundlagen für ihre Beziehungen.

Gemeinde und Stadt betrachten die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne

– eines dauerhaften Prozesses der Eingliederung in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere der Stadt Wiesbaden, ohne Verpflichtung zur Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität,

– der Gewährleistung gleicher Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, als Aufgabe von herausragender Bedeutung für Politik und Gesellschaft, bei der alle Beteiligten ihren Beitrag leisten und auch weiterhin zu leisten haben.

Gemeinde und Stadt betrachten den Islam als dauerhaften und im Sinne der Religionsfreiheit und Freiheit der Religionsausübung nach dem Grundgesetz gleichberechtigten Bestandteil der Gesellschaft. Die Gemeinde betrachtet die in Deutschland dauerhaft lebenden Muslime als Teil der deutschen Gesellschaft, deren Wohl sie verpflichtet ist.

So nimmt es nicht wunder, dass die Idee einer konfliktberuhigenden Integrationsvereinbarung auch von anderen Städten aufgegriffen wird. In der rot-grün regierten oberhessischen Universitätsstadt Marburg wird – wenngleich hier nur ein Moscheevereiner und ein islamischer Kulturverein existieren – nach der gescheiterten Realisierung eines islamischen Kulturzentrums ebenso über eine solche Strategie nachgedacht wie in Köln. Hier hat der Parteitag der Kölner CDU am 14. August beschlossen, dass mit der DITIB ebenfalls eine Integrationsvereinbarung nach Wiesbadener Vorbild getroffen werden soll.

Interreligiöser Dialog: Große Potenziale und fragile Strukturen

»Evaluation« ist seit einigen Jahren das Zauberwort, das den Zugang zu öffentlichen Geldern und Stiftungsmitteln erleichtert. Kein Programm, kein Projekt, das nicht evaluiert wird. Der Geldgeber will und soll schließlich wissen, dass der Projektträger oder die Initiative mit den überlassenen Mitteln sinnvoll umgegangen ist. Die Evaluation soll helfen, Maßnahmen und Strategien in ihrem Erfolg messbarer zu machen und die weitere Arbeit oder Folgeprojekte zu optimieren.

Umso erstaunlicher ist, dass eine Google- oder Yahoo-Suche mit den Stichworten »Interreligiöser Dialog« und »Evaluation« – zumindest auf den ersten 50 Fundstellen – zu keinen publizierten systematischen Evaluationen des interreligiösen und interkulturellen Dialogs führt. Interreligiöser Dialog, so scheint es, lebt von Erfahrungen und Hoffnungen einzelner Akteure, wenngleich sich die konkrete Dialogarbeit durchaus auf Konzepte stützen kann, die in interkulturellen Trainings oder in der sozialpädagogischen Arbeit schon lange entwickelt und auch erprobt sind.

Seit wenigen Wochen hat sich das Suchergebnis im Internet jedoch verändert: Im Rahmen eines Projektes am Institut für Religionswissenschaft / Religionspädagogik an der Universität Bremen haben Prof. Dr. Gritt Klinkhammer und ihre Mitarbeiterin, die Politologin Ayla Satilmis, im Juli den überaus lesenswerten Abschlussbericht eines Projektes vorgelegt, das sie im Zeitraum von Mai 2006 bis März 2007 durchgeführt haben: *Kriterien und Standard der interreligiösen und interkulturellen Kommunikation – eine Evaluation des Dialogs mit dem Islam.*

Die auf knapp 100 Seiten dargestellten Ergebnisse basieren auf 24 Experteninterviews (Akteure, Organisatoren) und der Teilnahme an Dialogveranstaltungen von acht in der gesamten Bundesrepublik existierenden Dialoginitiativen. Die Auswertung selbst gliedert sich in die Frage nach der Entstehung der Dialogprojekte, den jeweils Beteiligten, den thematischen Schwerpunkten, der oft beschriebenen »strukturellen Schieflage« im Dialog sowie nach den Kennzeichen eines gelingenden Dialogs sowie seiner gesellschaftlichen Bedeutung.

Es ist, wenn man so will, der religionswissenschaftlichen Perspektive geschuldet, dass die Autorinnen den von ihnen so genannten »essentialistischen« Dialog, das heißt die Auseinandersetzung über Glaubensfragen, in ihrer Untersuchung außen vor lassen. Dieser Dialog ist, wie im Vorwort angemerkt, durchaus zu Recht in die Kritik gekommen. Statt dessen wird »der interkulturelle und interreligiöse Dialog ... in erster Linie als *kooperative Problemlösungsstrategie* verstanden.« In dieser über die unmittelbaren Dialogbeteiligten hinaus gehenden Bedeutung liegen die Potenziale, denn »Dialog ist kein Selbstzweck«, sondern »für eine in ethnischer und religiöser Hinsicht plurale demokratische Gesellschaft unabdingbar«, geht es doch sowohl um die notwendige Sensibilisierung für die anzuerkennenden unterschiedlichen religiösen Überzeugungen, Standpunkte und Interessen, die in der pluralen Situation aufeinander treffen, als auch um die Aushandlung von Regeln des Miteinanders, durch die Pluralität in der Gesellschaft produktiv genutzt werden kann. Umso mehr stellt sich die Frage nach Kriterien, damit der interreligiöse Dialog eine nachhaltige Wirkung erreichen kann. Die aus Sicht der Autorinnen notwendigen Standards kommen denn auch in den abschließenden Empfehlungen zum Ausdruck: Weiterführung und Ausbau des Dialogs; Sicherstellung struktureller und materieller Grundlagen; Erweiterung des Kreises der Akteure; Einbeziehung sozialpolitischer Dimensionen; Einbeziehung konfliktträchtiger Themen; Wahrnehmung von Differenzierungen innerhalb der beteiligten »Gruppen« / Religionen; Dialog auf gleicher Augenhöhe; Professionalisierung und Qualifizierung der islamischen Akteure; Schulung von MultiplikatorInnen. Die letzten Punkt verweisen dabei auf die »fragilen Strukturen«, und die »strukturelle Schieflage«, mit denen Dialoginitiativen kämpfen müssen. Insbesondere bei den nichtchristlichen (muslimischen) Dialogpartnern gibt es selten feste, arbeitsfähige Strukturen, die eine kontinuierliche Mitarbeit auf gleichem Niveau wie bei Kirchen oder staatlichen Einrichtungen ermöglichen würden, so dass es zu Ungleichgewichten und damit auch – nicht immer bewussten – hemmenden Machtstrukturen innerhalb des Dialogs kommt.

Bedauerlich nur, dass wegen des Auslaufens des Entimon-Programms der Erhebungszeitraum nicht länger angelegt sein konnte.

Download:

[Projektabschlussbericht](#)
(PDF; 96 Seiten, 370 KB)

Info: Einbezogene Dialoginitiativen:

[Deutsches Islamforum](#)

[Hessisches Islamforum](#)

[Islamforum in Rheinland-Pfalz](#)

[Brücke-Köpfü - Zentrum für die Begegnung von Christen und Muslimen \(Nürnberg\)](#)

[Interreligiöser Arbeitskreis Kiel](#)

[Interreligiöser Gesprächskreis Würzburg](#)

[Christlich-Islamische Gesellschaft e. V. \(CIG\)](#)

[Koordinierungsrat der Vereinigungen des christlich-islamischen Dialogs e. V. \(KCID\)](#)

Nahezu alle Interviewpartner/innen betrachten den interkulturellen und -religiösen Austausch als »Wegbereiter«, um eine Vertrauensbasis zu schaffen und eine breite gesellschaftliche Verständigung zu fördern, die auch eine Revision des Integrationsverständnisses beinhaltet. Gleichzeitig sehen sie den Dialog als »Türöffner« im Hinblick auf Artikulations- und Partizipationschancen insbesondere für Menschen und Organisationen, die gesellschaftlich marginalisiert und / oder stigmatisiert werden. ... Auch sind die Interviewpartner/innen überzeugt davon, dass der interkulturelle und -religiöse Dialog Identitätsprozesse begleitet und die Pluralismusfähigkeit schult. Zudem – so ein wichtiges Ergebnis der Auswertung – schafft ein solcher Austausch das notwendige und bezüglich einer Konfliktprävention folgenreiche Verständnis dafür, dass Religion und Kultur eng miteinander verwoben sind. Insgesamt dient der Dialog der Stärkung der sozialen Kohäsion und trägt zum gesellschaftlichen Ausgleich bei. ...

Vor diesem Hintergrund wird die strukturelle Verankerung des Dialog – durch finanzielle und infrastrukturelle Förderung sowie durch personelle Qualifizierung – von den Befragten als enorm wichtig erachtet, um nachhaltige Effekte erzielen zu können. Nicht nur Ilona Klemens vom Hessischen Islamforum sieht eine zentrale Herausforderung darin, »dass er [der Dialog] viel selbstverständlicher wird (...), so ähnlich wie beim Gendermainstreaming«, dass man ihn »zu einem selbstverständlichen Bestandteil in den Schulen macht, in den Bildungseinrichtungen, überall da, wo es relevant wird.«

(Aus der Zusammenfassung zur gesellschaftlichen Bedeutung der Dialogarbeit, S. 77 f.)

Interessante Texte und Seiten im Netz

APuZ I: Antisemitismus

Dem »Antisemitismus« ist die Ausgabe 31/2007 der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« gewidmet, die am 30. Juli erschienen ist. Die Überblicksbeiträge von Armin Pfahl-Traugher (»Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus«) sowie von Andreas Zick und Beate Küpper (»Antisemitismus in Deutschland und Europa«) vermitteln dabei wenig Neues, der Beitrag »Organisierte Antisemiten« von Rainer Erb verspricht mehr als er hält, da es vor allem um aktenkundigen Geschichtsrevisionismus geht statt um Organisationen, die antisemitisches Gedankengut verbreiten. Lesenswert hingegen die je sieben Seiten von Klaus Wahl (»Fremdenfeindliche Täter«) und Stephan Bundschuh (»Eine Pädagogik gegen den Antisemitismus«). Wahl präsentiert Ergebnisse der Täterforschung und fragt nach »Entwicklungspfaden« antisemitischer Biographien, Bundschuh wendet sich gegen die Rede eines »neuen Antisemitismus« und plädiert – wie Wahl – für eine früh einsetzende Prävention, die strukturell gegen Konstruktionen des »Wir« in Gegenüberstellung des »Anderen« (typisiert durch die Juden) arbeiten, ohne dass in diesem Themenfeld die lange Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus außer Acht gelassen werden darf.

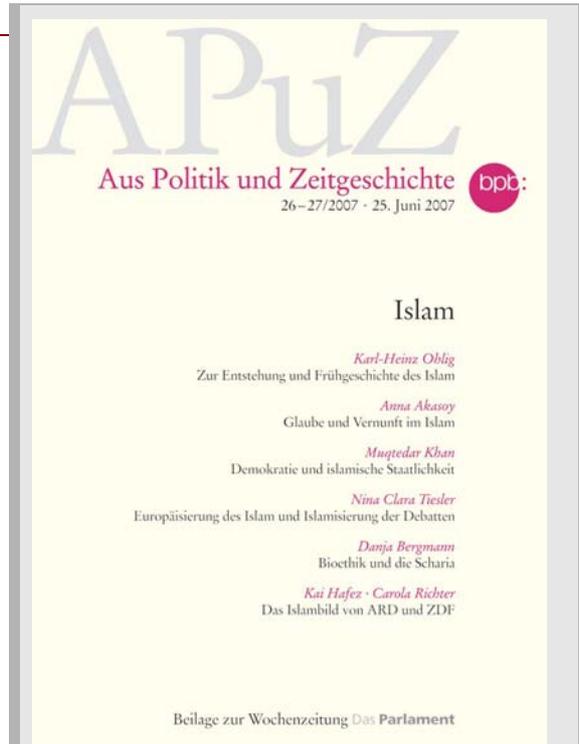
APuZ II: Islam

Es ist insgesamt wohltuend zu beobachten, dass sich neuere Publikationen zum Islam weniger in der Wiederholung der Grundzüge ergehen, als vielmehr einzelne Fragestellungen bearbeiten. Die dadurch mögliche differenzierte Auseinandersetzung kann dann zeigen, dass »der« Islam so monolithisch nicht ist und selbst die Unterscheidung zwischen sunnitischer und schiitischer Richtung an der Oberfläche der Differenzierung verbleibt.

In diesem Sinne sind die Beiträge des im Juni 2007 erschienenen Heftes der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte«, überaus aufschlussreich: »Zur Entstehung und Frühgeschichte des Islam«, »Glaube und Vernunft im Islam«, »Demokratie und islamische Staatlichkeit«, »Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatten«, »Bioethik und Scharia« sowie »Das Islambild von ARD und ZDF« sind die einzelnen Beiträge betitelt. Der diskursive Ansatz wird beispielsweise in Karl-Heinz Ohlig's Aufsatz zur Frühgeschichte deutlich: hier wird nicht die (islamische) Sicht der eher autarken Ausbreitung des Islam von Mekka über Medina auf die arabische Halbinsel, den Nahen Osten und Persien wiederholt, wo eventuell noch Einflüsse des arabischen Judentums und Christentums auf die Lehre Mohammeds möglich sind – vielmehr legt der Autor seine in der Wissenschaft kontrovers diskutierte Betrachtung komplexer Wechselbeziehungen zwischen dem neu entstehenden Islam und den umliegenden Religionen und Kulturen dar, was sich bis hinein in den koranischen Text nachweisen lässt. Dieser wie die anderen Beiträge bieten zahlreiche Ansätze der ideologiekritischen Auseinandersetzung, die einer »Islamisierung« und Reduktion auf »Wesensbestandteile des Islam« entgegenwirken.

Der Islam als politischer Faktor

Auch wenn die Broschüre der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung bereits 2001 erschienen ist, bleibt die vom Religionswissenschaftler Prof. Dr. Dr. Peter Antes verfasste Darstellung weiterhin lesenswert. In gedruckter Form ohnehin vergriffen und nach der Auflösung der Landeszentrale Ende 2004 auch online nicht mehr verfügbar, steht die Schrift zum Download über das Seminar für Religionswissenschaft der Universität Hannover zur Verfügung.



Download

- [Heft »Antisemitismus« \(HTML-Version\)](#)
- [Heft »Antisemitismus« \(PDF, 2,7 MB\)](#)
- [Heft »Islam« \(HTML-Version\)](#)
- [Heft »Islam« \(PDF; 3,3 MB\)](#)

Download:

[Islam als politischer Faktor - 4. Aufl. 2001 \(PDF, 530 KB\)](#)

Reformislam

Bereits im April 2006 hat Andreas Jacobs von der Konrad-Adenauer-Stiftung ein 29-seitiges Arbeitspapier »Reformislam. Akteure, Methoden und Themen progressiven Denkens im zeitgenössischen Islam« veröffentlicht, das gleichsam aus Sicht des innerislamischen Diskurses die Notwendigkeit einer Qualifizierung und Stärkung von Strukturen der Auseinandersetzung mit dem Islam jenseits der betretenen Pfade aufzeigt. Der Koordinator für Nahostpolitik und islamische Länder der Stiftung lenkt mit seinen Ausführungen den Blick auf einen Aspekt islamischen Denkens, das nicht nur in den westlichen Ländern weitgehend ausgeblendet ist. Die Ausführungen sind – jenseits vom eigentlichen Thema – zugleich ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ergebnisse des Engagements einer Stiftung in den Ländern Südosteuropas und des Nahen Ostens produktiv für die Auseinandersetzung vor Ort in Deutschland genutzt werden kann. Die Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen formulieren das, was auch für die lokale Diskussion in Deutschland gilt: Rückdeckung bieten, Öffentlichkeit schaffen und Vernetzung fördern.

Download:

[Arbeitspapier Reformislam \(PDF; 91 KB\)](#)

Progressives Denken im zeitgenössischen Islam ist kein Allheilmittel für Integrationsprobleme und auch keine Wunderwaffe gegen den islamistischen Terror. Aber muslimische Reformdenker können die argumentativen Grundlagen schaffen, um das von vielen Muslimen und Nicht-Muslimen gleichermaßen als spannungsreich empfundene Verhältnis zwischen Islam und Moderne aufzulösen. Da Authentizität im Denken vieler Muslime gerade in Bezug auf ihre Religion eine zentrale Rolle spielt, sollte sich die politische und gesellschaftliche Förderung von progressivem Denken im Islam – gerade von Seiten nicht-muslimischer Akteure – auf die Bereitstellung von Infrastruktur und die Förderung von Rahmenbedingungen konzentrieren.

(Aus den Schlussfolgerungen, S. 24)

Grundwerte im Islam und Christentum

Im August hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Beiträge eines Workshops von Ende 2006 veröffentlicht. Christliche und islamische Theologen sowie Religionswissenschaftler sind dabei der Frage nachgegangen, inwieweit es Kongruenzen der Grundwerte in beiden Religionen gibt, die als Basis für einen interreligiösen Dialog dienen können. Der Workshop fand in Ankara statt – so sind in der Publikation muslimische Stimmen vertreten, die sonst in der hiesigen Diskussion nicht ohne Weiteres zugänglich sind. Themen des Workshops waren unter anderem Menschenbild, Sozialethik, Geschlechterrollen, Gentechnik und Sterbehilfe.

Die Beiträge des Workshops sind auch in Buchform veröffentlicht. Im Internet sind alle Beiträge in deutscher Sprache zugänglich.

Info und Download:

[Islam und Christentum](#)

Auf der Seite können die Beiträge einzeln als PDF heruntergeladen werden.

Weblog religionswissenschaft.info

Die Religionswissenschaftlerin Kerstin Probiesch, die bereits die Seite fester-religionen.de verantwortet, hat ein neues Internet-Projekt gestartet. »Informationen rund um Religionen und Religionswissenschaft« bietet die Seite religionswissenschaft.info. In zahlreichen Kategorien – zu Religionen wie zu systematischen Stichworten – werden aktuelle Meldungen verbreitet. Der Weblog ist also für einen regelmäßig wiederkehrenden Besuch zu empfehlen.

Link:

[Weblog Religionswissenschaft](#)

Tagungen und Seminare bis November 2007

September

03.09.-05.09.2007: Migranten im Polizeidienst - warum? Polizeiarbeit in der multikulturellen Gesellschaft

Veranstalter: Ev. Akademie Arnoldshain

Ort | Kontakt: Schmitten-Arnoldshain | bletz@evangelische-akademie.de

Zielgruppe: *PolizeibeamtInnen, Mitglieder in Ausländerbeiräten, Integrationsbeauftragte, LehrerInnen der Fächer Gesellschaftslehre / Sozialkunde, MitarbeiterInnen bei Polizei und in der Verwaltung mit entsprechender Zuständigkeit*

28.09.-29.09.2007: Der Islam zwischen traditioneller und moderner Rechtsprechung - Können Muslime den säkularen Rechtsstaat akzeptieren?

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Chemnitz
Ort | Kontakt: Chemnitz | Annemarie.Hofmann@fes.de

Bereits angekündigt: Der innerprotestantische Dialog (21.09.-23.09.2007) | Pluralität & Repräsentation (23.09.-27.09.2007) | Orientalistik im 21. Jahrhundert (24.-28.09.2007) | Indische Religionen und die Menschenrechte der Ärmsten (28.09.-30.09.2007)

Oktober**04.10.-07.10.2007: Kirchlicher und religiöser Alltag im Mittelalter**

Veranstalter: Institut für Mittelalterliche Geschichte der Philipps-Universität Marburg und Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Ort | Kontakt: Weingarten | weingarten@akademie-rs.de

06.10.-07.10.2007: Antisemitismus in der globalisierungskritischen Bewegung

Veranstalter: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ort | Kontakt: Berlin | guth@bildungswerk-boell.de

11.10.-13.10.2007: Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie

Veranstalter: Landeskrankenhaus – Universitätsklinikum Graz mit zahlreichen Kooperationspartnern
Ort | Kontakt: Graz | info@rpp2007.org

12.10.-14.10.2007: »Religionsgeschichte - Christentumsgeschichte - Kirchengeschichte - Missionsgeschichte« ... Worüber forschen wir?

Tagung der Fachgruppe »Religionswissenschaft und Missionswissenschaft« in der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie
Veranstalter: Abteilung für Religionswissenschaft, Universität Göttingen
Ort | Kontakt: Bovenden (Göttingen) | cvoelke@gwdg.de

21.10.-23.10.2007: Judentum und jüdische Gemeinde - kein Buch mit sieben Siegeln

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung
Mit Besuch der Kölner Synagogen-Gemeinde
Ort | Kontakt: Bildungszentrum Schloss Eichholz (Bonn) | doris.schimanke@kas.de

Bereits angekündigt: Die Vielfalt buddhistischen Wissens (12.-18.10.2007) | Muslime in Deutschland – Aufgaben und Herausforderungen (28.10.-31.10.2007)

November**05.11.-07.11.2007: Islam und der Westen - Konfrontation oder Kooperation?**

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg
Ort | Kontakt: Lehnin | Tel. +49 0331 292555

05.11.-09.11.2007: »Dialog der Kulturen« - eine Bereicherung für die westliche Kultur?

Veranstalter: Akademie Frankenwarte – Gesellschaft für politische Bildung e. V.
Ort | Kontakt: Würzburg | monika.roth@frankenwarte.de

16.11.-17.11.2007: »Bosnischer Islam« für Europa

Veranstalter: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Kooperation mit der Vereinigung islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland (VIGB) und der Islamischen Gemeinschaft Stuttgart
Ort | Kontakt: Stuttgart-Hohenheim | froehlich-hof@akademie-rs.de

16.11.-18.11.2007: Die unbekannte Seite des Islam. Rolle und Positionen der Sufiorden

Veranstalter: Ev. Akademie Loccum
Ort | Kontakt: Loccum | lidwina.mayer@evlka.de

Veranstalter / Tagungshomepages:

Akademie Arnoldshain
Friedrich-Ebert-Stiftung (Tagungen Chemnitz und Lehnin)
Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung
Landeskrankenhaus Graz
Religionswissenschaft Göttingen
Konrad-Adenauer-Stiftung:
Tagung Judentum
Tagung Integration
Akademie Frankenwarte
Akademie Rottenburg-Stuttgart:
Tagung Mittelalter
Tagung Bosnischer Islam
Akademie Loccum
Akademie Rheinland
Arbeit und Leben
Akademie Bad Boll
Akademie Tutzing

Bei Links, die auf Grund der Webtechnik nicht direkt zur Einzelinformation führen, im Veranstaltungskatalog suchen.

16.11.-18.11.2007: Religion - Konflikt - Frieden. Aktuelle Forschungsprojekte und -ergebnisse

Jahrestagung des Forschungsverbands Religion und Konflikt

Veranstalter: Ev. Akademie Rheinland in Kooperation mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)

Ort | Kontakt: Bonn | barbara.vellrath@akademie.ekir.de

19.11.-23.11.2007: Muslime in Deutschland - Freunde oder Feinde?

Veranstalter: Arbeit und Leben Landesarbeitsgemeinschaft Hessen in Kooperation mit dem ver.di Bildungswerk Hessen

Ort | Kontakt: Gladenbach | aul-hessen@t-online.de

Anerkannt als Bildungsurlaub

23.11.-25.11.2007: Wird Deutschland islamisch? Demographie als Aufgabe für Christen und Muslime

Veranstalter: Ev. Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Koordinierungsrat der Vereinigungen des christlich-islamischen Dialogs und Dr. Michael Blume

Ort | Kontakt: Bad Boll | irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de

27.11.-29.11.2007: Integration vor Ort. Grundlagen und Praxisbeispiele für kommunale Konzepte

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung

Ort | Kontakt: Bildungszentrum Schloß Eichholz (Bonn) | ursula.gruendler@kas.de

29.11.-30.11.2007: Islamischer Religionsunterricht in Bayern

Veranstalter: Ev. Akademie Tutzing

Ort | Kontakt: Tutzing | tuchenhagen@ev-akademie-tutzing.de

Wettbewerbe / Förderprogramme

Aktiv für Demokratie und Toleranz 2007

Auch in diesem Jahr hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« ausgelobt. Mit insgesamt 120.000 € werden an Initiativen honoriert, die sich gegen Diskriminierung und rassistisch motivierte Gewalt engagieren, die sich für eine gelingende Integration einsetzen oder die Handlungskonzepte gegen gewaltsame Auseinandersetzungen bei Groß-einsätzen entwickeln. Die Preisgelder betragen zwischen 1.000 und 5.000 €. Im vergangenen Jahr wurden bei rund 330 Bewerbungen bundesweit 63 Projekte ausgezeichnet. Bewerbungsschluss: 10. Oktober 2007.

Informationen:

[Homepage Bündnis für Demokratie und Toleranz](#)

Vielfalt als Chance

Die aktive Nutzung einer Diversity-Strategie steht im Mittelpunkt des Wettbewerbs, der sich sowohl an Unternehmen und Dienstleister als auch an die öffentlichen Verwaltungen richtet. Die Kampagne und der zugehörige Wettbewerb werden von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung getragen und aus Mitteln der Europäischen Union finanziert. Bewerbungsschluss: 14. Dezember 2007.

Informationen:

[Homepage Vielfalt als Chance](#)

religionen:info - august 2007 | issn 1865-0317 | impressum

kontakt: steffen.rink@web.de | newsletter@remid.de

Redaktion und Herstellung (V. i. S. d P):



Steffen Rink
Agentur für Text, Web, Grafik
und Dokumentation

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg

www.steffenrink.de

Vertrieb:



Religionswissenschaftlicher
Medien- und Informationsdienst e. V.

Universitätsstraße 55 – 35037 Marburg

www.remid.de